

Corona-Demo.de

Soziale Zukunft statt „Great Reset“

Sa 14 Uhr Münsterplatz, Bonn
Treffen ab 11 Uhr Veranstalter: Robert Michel

Pressemitteilung 13.02.2021

Mit meiner heutigen Versammlung in Bonn möchte ich den öffentlichen Diskurs über unsere soziale Zukunft fördern. 1994 lernte ich als Helfer bei einer Cholera-Epidemie im Kongo von einem Mitarbeiter der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) eine Projektmethode ZOPP (Zielorientierte Projektplanung) kennen, welche von der GTZ bei Entwicklungsprojekten oder Krisen eingesetzt wird. Wir hatten im Team einen Diskurs, bei dem jeder Beteiligter morgens und abends aus seiner Sicht die Herausforderungen, Ressourcen, Möglichkeiten, sowie eigene Absichten und Erreichtes beitrug. Dies war sehr effizient und motivierend, genau so eine Beteiligung brauchen wir aktuell in unserer Gesellschaft.

In Deutschland passiert aber genau das Gegenteil, sowohl bei der Bewältigung der Corona-Epidemie, des digitalen Wandel, Verdrängungen durch Onlineangebote, Risiken der Finanzmärkten....

wird wie zu Feudalzeiten hinter verschlossenen Türen im kleinen Kreis beraten und entschieden.

Es heißt vielfach Corona sei ein Beschleuniger von vielen Veränderungen. Gerade dann, wenn erkennbar weitreichende Umbrüche ablaufen, ist die sofortige Beteiligung von vielen Stimmen, von Betroffenen aus der Gesellschaft nicht nur notwendig, sondern rechtlich und politisch geboten.

Frau Merkel sagte als Kanzlerin am 26.01.2021 beim Weltwirtschaftsforum im öffentlichen Teil der Videokonferenz:

"Ich frage, brauchen wir diesen Great Reset?", sagte Merkel. Vielleicht bräuchte man weniger Engagement bei den Zielsetzungen als in der Entschlossenheit des Handelns, so die Kanzlerin. <https://www.sueddeutsche.de/politik/wef-leyen-naturschutz-demokratie-1.5185992>

Unbekannt ist, was Sie mit den Vertretern der führenden globalen Unternehmen im nicht öffentlichen Teil besprochen hat. Diese Big-Player geben die Ziele vor und unsere Regierung, unsere Parlamente sind nicht gewillt diese Einflussnahme, diese Kursbestimmung, die möglichen Folgen öffentlich zu diskutieren. Wir sind bereits mitten im **Great Reset!**

Unsere soziale Gesellschaft basiert auf unseren sozialen Marktwirtschaft, die wiederum vor allem durch mittelständische Unternehmen getragen wird. Die Politik fährt zahlreiche dieser Unternehmen, die in Bonn feste Arbeitsplätze bieten und der Stadt Gewerbesteuer zahlen aktuell gegen die Wand (Kredithilfen ändern es kaum), Gewinner sind große Konzernen wie z.B. Amazon.

Weil Politiker, Parteien, Gewerkschaften und andere Gruppen nicht den öffentlichen Diskurs suchen, stehe ich als Familienvater in der Öffentlichkeit und lade zum Diskurs ein:

- an der frischen Luft und mit strikter Einhaltung der von der Stadt-Bonn geforderten Hygienemaßnahmen: mit Mindestabstand, Masken und Kontaktnachverfolgung.

Diese Auflagen muss man als Teilnehmer akzeptieren, auch wenn man die Maskenpflicht durchaus als nicht verhältnismäßig in Frage stellen könnte – gegen eine Kontaktnachverfolgung hatte ich am 7.5.2020 beim VG Köln Rechtsschutz erhalten (7L814/20), dies verletzte Art. 8 GG und habe klar abschreckende Wirkung. Aktuell führe erneut ich ein Verfahren die Stadt wegen dieser unverhältnismäßigen Auflage.

Ich möchte an dieser Stelle das Verhalten von anderen in der Stadt scharf kritisieren, die z.B. am letzten Montag bei einer nicht angemeldeten Versammlung ohne Maske und Abstand gegen bestehende Auflagen verstoßen haben:

- Ein solches Verhalten verhöhnt Menschen die von den Folgen von Covid-19 betroffen sind oder waren, bzw. die sich für die Gesundheit von anderen Menschen einsetzten.
- Es hält viele Menschen davon ab, sich an einem öffentlichen Diskurs, vielleicht auch in der Stadt, zu beteiligen – daher wollen viele mit Demos oder Diskussionen zu Corona nichts zu tun haben.
- Es besetzt jede andere Initiative für einen öffentlichen Diskurs negativ,
- Es führt zu strengere Auflagen für jede andere Versammlung,
- Bürger die Regeln demonstrativ nicht beachten liefern Gründe, mit Rücknahme von Beschränkungen vorsichtig, d.h. langsamer umzugehen.

Soziale Zukunft bedeutet auch, die Ausbreitung von Sars-Cov-2 zu verlangsamen, die Gesundheitliche Versorgung sicher zu stellen oder zu verbessern. Eine Woche nach Karneval, am 27.02.2020, nach ersten Covid-19 Fällen in Heinsberg und der Annahme einer Inkubationszeit von 2-3 Wochen, stellte ich bei der Bezirksregierung Köln einen formalen Antrag zur Gefahrenabwehr, das Großveranstaltungen erst einmal abgesagt werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt, es sei zwar eine mögliche Maßnahme, diese sei jedoch zu früh und nicht verhältnismäßig.

Verhältnismäßigkeit ist ein wichtiges Stichwort, das Museen, Theater und Friseursalons geschlossen sind, ist nicht objektiv begründbar. Das Friseur ab dem 1. März wieder arbeiten dürfen wird falsch mit der Frage der Würde des Menschen erklärt. Die Politik begründet diese Beschränkung mit dem Ziel den Inzidenzwert zu senken. Die Friseure haben aber auf Zahlen der Berufsgenossenschaft hingewiesen, dass es bei 700.000 Kundenkontakten bundesweit im ganzen Jahr nur zu 8 Coronafällen in Salons gekommen war.

Kulturbetriebe, Einzelhändler, Gastronomen haben in Hygienekonzepte investiert und werden blind gegen die Wand gefahren, ohne dass differenziert wird. Der Inzidenzwert ist aber die Summe von allem, auch von weiteren Hotspots in Pflegeeinrichtungen!

Die Politik argumentiert nicht auf Basis Evidenz, z.B. von Daten die durch Kontaktnachverfolgung vorliegen: in diesen Bereichen gab es Schwerpunkte von Infektionsketten, in diesen Einrichtungen müssen die Maßnahmen verschärft werden, diese Betreiber sind im Vergleich zu andern zu nachlässig gewesen, nach ergreifen aller Möglichkeiten muss genau dieser Bereich beschränkt werden.

Die Behörden sind zur Evaluierung Ihrer Beschränkungen verpflichtet – der Verwaltungsgerichtshof in Hessen hat am 4.2.2021 falsch gegen die Friseure entschieden,

Gesundheit hat bei den Regierungen nicht höchste Priorität, wenn z.B.:

- Addidas bereits im März 2020 Milliarden Hilfen bekam, am 9. Mai Mitarbeiter der Uniklinik Bonn mir berichten, das sie privat die in Bonner Apotheken verfügbare Masken kaufen, um bei der Arbeit Ihre Patienten und sich besser schützen zu können.
(Sie meine Pressemitteilung vom 9.Mai2020 www.corona-demo.de/index-2020.html)

Ich möchte auf das Potential von einem Entzündungsmarker-Schnelltest (CrP) hinweisen,

- Vor Dienstbeginn kann er helfen Infektionsketten zu vermeiden (Antrag 26.04.2020 MAGS)
- Vor Impfungen kann er helfen die Impfung sicher zu machen (Antrag 17.02.2021 MAGS)

Es geht um unsere soziale Zukunft – nicht nur um Corona und Fragen von Impfungen und Masken. Meine Versammlung ist nicht eine Kritik an Maßnahmen sondern ein Aufruf an notwendiger Beteiligung und öffentliche Diskurs.

Hierzu möchte ich nicht nur Bürger zu meiner Versammlung einladen und eine Möglichkeit der direkten Begegnung bieten, sondern andere, wie z.B. Einzelhändler und Kulturschaffende ermuntern, ebenfalls (selbst) aktiv zu werden.

Dipl.-Ing.(FH) Robert Michel, Alfter

Kontakt: R.Michel@Corona-Demo.de